Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. – Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 5gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 50 Goldpfennige, amtliche Zeile 40 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1909

Nr. 18 | Dienstag, den 22. Januar 1924 | 19. Jahrgang

Stresemann gegen die Vorwürfe Poincares.

Eine Rede vor den Berliner Pressevertretern des Auslandes.

In der Presseabteilung der Reichsregierung fand auf Einladung des Pressechefs ein Empfang der ausländischen Presse statt. Die in Berlin tätigen Vertreter der ausländischen Presse waren der Einladung fast vollzählig gefolgt. Außerdem waren der Reichskanzler mit den Mitgliedern des Reichskabinetts und eine große Anzahl von hohen Beamten des Reiches erschienen. Nach kurzen Begrüßungsworten des Ministerialdirektors Dr. Spiecker nahm der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann das Wort. Nach einleitenden Worten kam er auf die Tätigkeit der beiden von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigenausschüsse zu sprechen und führte etwa folgendes aus:

Die ganze politische Welt blicke mit großem Interesse auf die Arbeiten dieser Ausschüsse die berufen seien, eine Lösung der seit Kriegsende schwer auf Europa lastenden Reparationsfragen zu finden. Es verstehe sich von selbst, daß die deutsche Regierung auch ihrerseits alles tun werde, um den Ausschüssen ihre Tätigkeit zu erleichtern. Sie werde es besonders begrüßen, wenn die Mitglieder persönlich nach Berlin kämen, um sich an Ort und Stelle ein Urteil über die Lage Deutschlands und über die Ursachen seiner Not zu bilden. Wir hoffen, so fuhr der Minister fort, daß es dann ohne Verzögerung gelingen wird, die Vorschläge der Ausschüsse in die Wirklichkeit umzusetzen. Die Erfüllung dieser Aufgabe, die den Regierungen obliegt, könnte wirksam gefördert werden durch ein Ergebnis des Meinungsaustausches mit Paris und Brüssel. Ueber sein bisheriges Ergebnis läßt sich im Augenblick wenig sagen da er sich noch im ersten Stadium befindet und wir übereingekommen sind, den Wortlaut der zuletzt ausgetauschten Memoranden nicht zu veröffentlichen. Ich verrate aber wohl kein Geheimnis, wenn ich sage, daß die französische und die belgische Antwort auf die von uns angeschnittenen technischen Fragen uns manche Enttäuschung bereitet haben. Warum richtet der französische Ministerpräsident gegen Deutschland Vorwürfe von denen er sich selbst sagen muß, daß sie unschwer zu entkräften sind? Es ist mir unverständlich, wie uns als Vorwurf vorgehalten werden kann, daß wir bestrebt seien, unseren Einfluß in den besetzten Gebieten wieder zu erringen. Selbstverständlich verfolgen wir dieses Ziel, dessen Legitimität niemals strittig sein kann. Dies zu verweigern oder gar als eine Art von Heimtücke hinzustellen, ist unvereinbar mit den wiederholten Zusicherungen des französischen Herrn Ministerpräsidenten er denke nicht daran, deutsches Gebiet zu annektieren oder unter französischen Einfluß zu bringen. Es ist unvereinbar auch mit der gleichfalls wiederholten Zusicherung der französischen Neutralität gegenüber innerdeutschen Fragen. Wenn der französische Herr Ministerpräsident versichert, daß Frankreich nichts getan habe, um die deutsche Reichseinheit zu zertrümmern, und daß Frankreich insbesondere der Pfälzer Bevölkerung vollkommene Freiheit lasse so sprechen demgegenüber die Tatsachen leider eine andere Sprache. Die Politik des Herrn General de Metz hat die treudeutsche Bevölkerung der Pfalz der Herrschaft einer separatistischen Räuberbande ausgeliefert, deren Treiben eine europäische Kulturschande bedeutet. Das Ergebnis der interalliierten Enquete, auf die sich der französische Ministerpräsident bezogen hat, dürfte auch ihm nun vorliegen. Ich kann es mir daher ersparen, hier auf das erdrückende Beweismaterial einzugehen, das in allen Punkten zugunsten der deutschen Sache spricht. Reich und Bayern blicken in dankbarer Bewunderung auf die Pfälzer Bevölkerung, die dort auf einsamem Vorposten unter den schwierigsten Verhältnissen treu zum Reiche hält. Soweit ausländische Journalisten Gelegenheit genommen haben, mit ihren in der Pfalz tätigen Berufskollegen persönlich in Fühlung zu treten, werden sie einen Eindruck davon erhalten haben, wie schwer gerade die Presse unter dem furchtbaren Gewissenszwang und den täglichen Bedrohungen der Separatisten zu leiden hatte. Wir hoffen, nicht vergeblich an das Solidaritätsgefühl der ausländischen Pressevertreter zu appellieren wenn wir Sie bitten, sich mit uns dafür einzusetzen, daß der Vergewaltigung der Meinungsfreiheit im besetzten Gebiet ein Ende gemacht und die Pressefreiheit, die elementarste Voraussetzung und Grundlage freien Verfassungslebens und moderner Zivilisation, im besetzten Gebiet wieder hergestellt wird.

Ich darf zum Schluß noch mit ein paar Worten auf einige Einzelpunkte eingehen, die der französische Herr Ministerpräsident in seiner Rede berührt hat. Er behauptete, daß Deutschland an eine Reihe alliierter Staaten Sachlieferungen bewirkt hat, daß es dies aber nur getan habe, um für sich die dortigen Absatzmärkte zu erobern. Diese Behauptung ist unvereinbar mit der Tatsache, daß nach dem in den bekannten Wiesbadener Abmachungen vorgesehenen Verfahren die Initiative beim Abschluß von Sachlieferungsverträgen ausschließlich bei den Alliierten liegt, die den Gegenstand des Vertrages zu bestimmen haben. Deutschland hat auf die Auswahl der Lieferungen keinerlei Einfluß. Frankreich hätte genau so gut wie andere Alliierte von dem Wiesbadener Verfahren Gebrauch machen können es hätte im Jahre 1922 Sachlieferungen im Werte von rund 950 Millionen Goldmark erhalten können. Tatsächlich hat Frankreich von diesen Lieferungen nur einen ganz geringen Bruchteil beansprucht, und zwar allein deshalb weil die französische Industrie die in einem weiteren Ausmaß deutscher Lieferungen liegende Konkurrenz der deutschen Industrie fürchtete.

Ein weiterer Vorwurf des französischen Herrn Ministerpräsidenten bezieht sich auf das Abkommen der deutschen Eisenbahnverwaltung mit der französisch-belgischen Regie in den besetzten Gebieten. Tatsächlich hat die Reichsbahnverwaltung seit der Aufgabe des passiven Widerstandes 37 000 offene Güterwagen mehr gestellt, als von der Regie zurückgekommen sind. Was die von dem französischen Herrn Ministerpräsidenten erwähnten Lokomotiven betrifft so hat die Regie selbst von uns bisher nicht 800, sondern nur 300 Lokomotiven gefordert. Nach den erwähnten Abmachungen war selbst diese Forderung nicht berechtigt da die Regie mit den in ihren Händen befindlichen 3723 deutschen Lokomotiven bereits über mehr Lokomotiven verfügt, als bei dem jetzigen Stande der Verkehrsverhältnisse erforderlich sind.

Die Rede des französischen Herrn Ministerpräsidenten stellt es als einen Angelpunkt der französischen Politik gegenüber Deutschland hin, daß Deutschland ohne Festhaltung des Pfandes an Rhein und Ruhr zu keinerlei Reparationsleistung zu bewegen sei und daß andere von Deutschland zu stellende Pfänder nicht zur Auslösung, sondern nur zur Verstärkung jenes Pfandes dienen dürften. Das Gegenteil ist der Fall. Solange die deutsche Wirtschaftseinheit nicht wiederhergestellt ist ist auch eine deutsche Reparationsfähigkeit nicht gegeben.

Französische Schiebungen in Ruhrerzeugnissen.

In einer der letzten Unterhaussitzungen hatte Lloyd George darauf verwiesen, daß die im Ruhrgebiet beschlagnahmten metallurgischen Produkte in der ungeheuerlichsten Weise verschleudert wurden. In Paris hatte man daraufhin eine offiziöse Note veröffentlicht, um die Behauptungen Lloyd Georges zu entkräften. Das „Journal des Debats“ hat aber nun den Mut in dankenswerter Weise die von Lloyd George erwähnten Tatsachen nicht nur zu bestätigen, sondern auch Enthüllungen zu machen, die großes Aufsehen erregen müssen. Man hatte den Militärintendanten Roux der sich vor der Ruhrbesetzung mit der Uebernahme des von Deutschland an Frankreich zu liefernden Viehes beschäftigte weil man für ihn keine andere Verwendung hatte, nach Düsseldorf entsandt, damit er metallurgische Produkte beschlagnahme. Dies tat er mit Eifer, und um die Kosten seiner Tätigkeit zu decken, verkaufte er, was ihm in die Hände fiel, im ganzen 236 000 Tonnen, die in die Hände französischer Schieber wanderten. Diese bezahlten nicht in bar, sondern mit dem vom französischen Staat den Bewohnern der zerstörten Gebiete ausgestellten Gutscheinen, die loszuwerden die Geschädigten allen Anlaß haben, weil sie wissen, daß sie auf die Einlösung durch den französischen Staat jahrelang warten müssen. Mit diesen Gutscheinen wird seit Jahren ein schwunghafter Handel getrieben. Man kaufte sie den Geschädigten um 60 Prozent des Wertes ab, und da nun Gelegenheit war, für diese Gutscheine metallurgische Produkte aus dem Ruhrgebiet zu bekommen, so war für die Schieber von vornherein ein Gewinn von 40 Prozent gesichert, nämlich jener Betrag, den sie den Geschädigten weniger ausgezahlt hatten. Außerdem erlangten sie die Produkte des Ruhrgebietes zu billigen Preisen, so daß einer der Schieber einen Gewinn von 800 000 Franken einstreichen konnte. Der französische Staat selbst kam natürlich nicht in den Besitz von Geld, sondern in den von Gutscheinen, die er selbstverständlich nicht verwerten kann. Da aber die französischen Geschädigten Eisen- und Stahlwaren aus dem Ruhrgebiet brauchten, nahm man diese deutschen Materialien den Händlern in Mannheim und Karlsweg und zwar dieselben Waren, die sie in Luxemburg oder Lothringen gekauft hatten. Es versteht sich, daß unter anderen die Handelskammer von Luxemburg dagegen protestierte.

Clive über die Separatistenbewegung in der Pfalz.

Das im Unterhaus vom Unterstaatssekretär Mac Neill verlesene Telegramm von Clive über die separatistische Bewegung besagt: 75 % der Separatisten sind von außerhalb der Pfalz gekommen, sie umfassen unzweifelhaft zahlreiche Vorbestrafte und Männer, die tatsächlich unerfahren sind in den Geschäften einer Regierung. Die katholische und die protestantische Kirche, die amtlichen Kreise und die Mehrheit der Bevölkerung in den großen Städten weisen den Gedanken einer Lostrennung von Bayern zurück. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung, obwohl gleichgültig gegenüber der Frage einer Loslösung von Bayern, steht einer Abtrennung vom Reich feindlich gegenüber.

In bestimmten Klassen der Bevölkerung, namentlich unter den Bauern und unter den sozialistischen Arbeitern besteht Neigung für die Schaffung eines rheinischen Staaten unter Einschluß der Pfalz, der politisch unabhängig, aber wirtschaftlich mit dem Reiche verbunden sein solle. Dieser Teil der Bevölkerung fürchtet eine militärische Politik von Berlin und München. Die Loyalitätserklärung ist in allen Teilen zurückgewiesen worden. Die in einer Reihe von Fällen unter Drohungen erlangten Unterzeichnungen können die Annahme nicht rechtfertigen, daß die Mehrheit der Bauern der autonomen Regierung günstig gesinnt sei.

Der Grund für Englands Zauderpolitik.

Gegenüber einer Kritik des Arbeiterabgeordneten Thomas an der schwachen Politik der Regierung in ihren Beziehungen zu Frankreich verteidigte diese der Schatzkanzler damit, daß eine andere Politik zu einem Kriege geführt hätte. Die Regierung habe Frankreich wiederholt gesagt daß sie das Ruhrabenteuer nicht billige. Wenn sie ihre Mißbilligung aber noch vielmehr unterstrichen hätte, hätte es zu einem Kriege führen müssen. „Wir haben alle den Wunsch, einen Krieg zu vermeiden. Aber es kann ein Zeitpunkt kommen, wo jede Nation zu entscheiden hat, ob sie darauf verzichten will, daß andere Leute ihre Ansicht annehmen, oder ob sie sich für die einzige Alternative entscheiden will, die Krieg heißt. Es steht daher Thomas, der gegen Krieg unter allen Umständen ist schlecht an, der Regierung vorzuwerfen, daß sie keinen Schritt getan habe, der unfehlbar zum Kriege hätte führen müssen.“

Die französische Verkehrsblockade über Köln.

Unverschämteste Herausforderung der britischen Autorität.

Die „Daily News“ veröffentlicht einen Artikel des Generalmajors Sir Henry Maurice, in dem die Maßnahmen der französisch-belgischen Eisenbahnregie gegen die britische Zone eine offene Kriegserklärung der Regie und die Blockierung der britischen Zone genannt wurden. England habe schon sehr lange leiden müssen. Aber es gebe Grenzen. Es müsse auf der Zurückziehung der fraglichen Verfügung der Regie bestehen und darauf, daß Waren, die nach dem Kölner Gebiet gehen und von dort kommen, unter allen Umständen ebenso angenommen werden, wie Waren, die von der Regie in der französischen Zone empfangen und zugestellt werden. In einem Leitartikel bezeichnet die „Daily News“ die Blockierung der britischen Rheinlandzone durch die französische Regie ebenfalls als die bisher direkteste und unverschämteste Herausforderung der britischen Autorität in zentraleuropäischen Angelegenheiten, die die britische Regierung auf keinen Fall dulden dürfe. Die Anwesenheit der Engländer in Köln sei die einzige noch bestehende Garantie gegen die hinterlistigen Pläne der Franzosen, das Rheinland vom Reich loszulösen und einen großen Teil Europas schließlich in Terror zu stürzen.

Schacht für einen ausländischen Kredit an Deutschland.

Man hört von zuverlässiger Stelle, Dr. Schacht würde ausdrücklich betonen, daß Deutschland zur Stützung seiner Währung eine Anleihe von wenigstens einer Milliarde Goldmark nötig habe.

Ursprünglich ging der Plan des Reichsbankpräsidenten dahin, daß eine Anleihe von wenigstens fünf Milliarden Goldmark notwendig wäre, aber nach seiner englischen und holländischen Reise kam er zu der Erkenntnis, daß mehr als eine Milliarde sich kaum werde aufbringen lassen. Der Chicago Tribune zufolge sind übrigens die amerikanischen Sachverständigen geneigt, für die Gewährung einer Anleihe von einer Milliarde zu stimmen. Von französischer Seite wird man natürlich Schwierigkeiten machen, sofern nicht der größere Teil der Anleihe den Franzosen für Reparationszwecke zugeführt werden sollte.

Außer über die Anleihe wird über die Reichseisenbahnen gesprochen werden, wahrscheinlich auch über die Schaffung